

Exkurs: Beratungsstrukturen im Produktionsgartenbau

Dr. Walter Dirksmeyer¹

1 Beratungstypen

Im Verlauf der Zeit haben sich in Deutschland verschiedene Typen der Betriebsberatung für gartenbauliche Produktionsbetriebe entwickelt. Als wichtigste Typen sind die Officialberatung, die Ringberatung, privatwirtschaftlich organisierte Beratung, die Beratung durch die gartenbaulichen Berufsverbände und die Beratung durch Vertreter von Firmen des vorgelagerten Bereichs zu nennen. Die Unterschiede zwischen diesen Beratungstypen sollen im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Die Officialberatung wird durch staatlich finanzierte Organisationsstrukturen bereitgestellt. Sie erfolgt entweder durch Landesanstalten oder durch Landwirtschaftskammern. Die Beratungsleistungen der Officialberatung müssen jedoch zunehmend durch Eigenbeiträge der Betriebe finanziert werden. In Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen wird die Beratung mittlerweile komplett durch die Betriebe finanziert.

Eine weitere Möglichkeit, staatlich bezuschusste Betriebsberatung anzubieten, erfolgte in der Vergangenheit über die Ringberatung. Beratungsringe sind Zusammenschlüsse von gartenbaulichen Produktionsbetrieben, die häufig aus einer definierten Region kommen, und die sich in der Regel auf ähnliche Kulturen spezialisiert haben, beispielsweise Erdbeeren oder Spargel. Diese Beratungsringe haben meistens einen, manchmal auch mehrere Berater eingestellt, die ausschließlich für die angeschlossenen Betriebe tätig sind. Die staatlichen Zuschüsse für Beratungsringe wurden in der Vergangenheit deutlich reduziert, so dass die meisten Beratungsringe heute eine privatwirtschaftliche Struktur eingenommen haben.

In nahezu allen Bundesländern wurde in den vergangenen zehn Jahren die staatlich finanzierte Beratung reformiert. Der Auslöser dieser Reformen war in den meisten Fällen, dass die Beratungskosten für den Staat verringert werden soll-

ten. Dies wurde durch den Abbau von Standorten und die Streichung von Stellen erreicht. Außerdem wurde der Eigenanteil der Betriebe an den Beratungskosten schrittweise erhöht, so dass die direkten Beratungsleistungen auch bei der Officialberatung häufig schon zu 100 % durch die Betriebe getragen werden müssen. Allerdings profitieren die Betriebe auch in diesen Fällen noch von dem staatlich finanzierten Sockel dieser Einrichtungen, der beispielweise dazu beiträgt, die Infrastruktur der Institutionen zu finanzieren, was bei komplett privatwirtschaftlich aufgestellten Beratungseinrichtungen zusätzlich noch von den Beratungsgebühren zu decken ist. Durch die Beratungsreformen wurden in vielen Bundesländern komplette Themengebiete aus der Officialberatung ausgegliedert und an Privatunternehmen übertragen. Diese Privatberater wurden dann häufig staatlich bezuschusst, doch wurden diese Zuschüsse in der Regel schrittweise abgebaut. Dadurch dass der staatlich finanzierte Anteil der Beratung zwischen den Bundesländern deutlich variiert, gibt es derzeit Bundesländer wie Bayern, die noch ein sehr breites staatlich finanziertes Beratungsangebot besitzen, während auf der anderen Seite in Bundesländern wie Thüringen nur noch die sozioökonomische Beratung² durch staatliche Stellen bereitgestellt wird. Irgendwo zwischen diesen beiden Extrema sind die anderen Bundesländer angesiedelt.

Mit der Verringerung der staatlichen Zuschüsse für die Officialberatung oder auch deren kompletten Abbau wurde das Beratungsgeschäft für Privatberater interessant. Vorreiter bei dem Aufbau einer Privatberatung waren die östlichen Bundesländer, die nach der Wiedervereinigung entweder sofort privatwirtschaftliche Beratungsstrukturen etabliert haben, wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, oder die relativ

¹ Dr. Walter Dirksmeyer, Institut für Betriebswirtschaft, Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Bundesallee 50, 38116 Braunschweig, walter.dirksmeyer(at)vti.bund.de

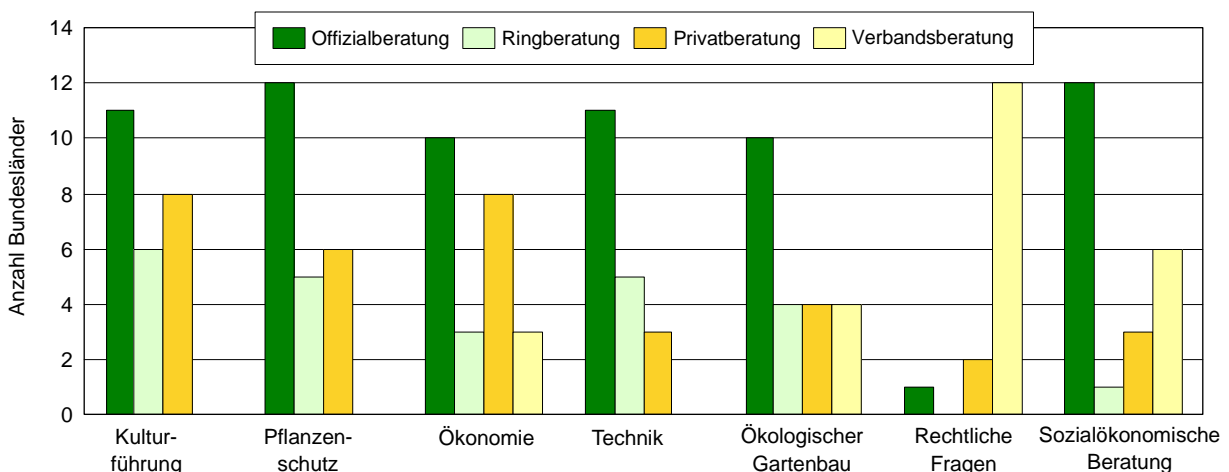
² Im Rahmen der sozioökonomischen Beratung soll der Strukturwandel sozialverträglich begleitet werden. Ziel ist, Betrieben mit wirtschaftlichen Problemen dabei zu helfen, die familiären Einkommen wieder nachhaltig zu sichern. Als Ergebnis erfolgt nicht zwingend die Betriebsaufgabe, sondern es wird nach Wegen gesucht, durch Umstrukturierungen im Betrieb oder durch eine teilweise berufliche Neuorientierung das Familieneinkommen zu stabilisieren. Häufig erfolgt die sozioökonomische Beratung aber derart spät, dass kaum noch Alternativen zur Umstrukturierung zum Nebenerwerb oder zur Betriebsaufgabe bestehen.

schnell den Schwenk weg von der Officialberatung hin zur Privatberatung vollzogen. Die westlichen Bundesländer sind diesen Schritt meistens erst deutlich später gegangen. In Bayern beispielsweise wurde die Beratung erst zum Beginn des Jahres 2008 für die Themengebiete produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Beratung privatisiert. Aber auch diese Privatberatung ist in Bayern immer noch mit 50 % der Beratungskosten bezuschusst. Alle anderen Themenbereiche werden weiterhin kostenfrei durch staatliche Stellen angeboten. Trotz aller Privatisierungsbestrebungen bleibt die sozioökonomische Beratung allerdings nach wie vor entweder komplett staatlich organisiert, wie beispielsweise in Thüringen, oder wird durch staatliche Zuschüsse an Unternehmen der Privatberatung getragen, wie zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern. Die Grenzen zwischen der Privat- und der Ringberatung sind fließend, da es Beratungsringe gibt, die zurzeit noch staatliche Zuschüsse bekommen, und andere, die schon komplett auf eine Finanzierung durch die angeschlossenen Betriebe umgestellt sind.

Darüber hinaus bieten Gartenbauverbände einzelbetriebliche Beratung für gartenbauliche Produktionsbetriebe an. Allerdings beschränken sie sich in aller Regel auf die Steuer- und Rechtsberatung. Nur in einigen Bundesländern wird über diese rechtlichen Fragestellungen hinaus auch zu ökonomischen Aspekten Beratung angeboten. Eine Sonderstellung nehmen die Verbände im ökologischen Landbau ein, die schon von Beginn an in der Anbauberatung aktiv waren.

Abschließend darf auch die Beratung durch Firmenvertreter nicht vergessen werden, die in vielen Erzeugungsbetrieben im Gartenbau einen erheblichen Umfang der Beratung abdecken. Zu nennen sind hier insbesondere Pflanzenschutz- und Düngemittelanbieter, Substrathersteller, Saatgutfirmen und Jungpflanzenproduzenten. In vielen Gartenbaubetrieben sind diese Firmenvertreter die einzige Informationsquelle, die außerhalb des Betriebes genutzt wird. Obwohl mir der Beratung durch Firmenvertreter mit großer Wahrscheinlichkeit wertvolle Informationen in viele Betriebe geliefert werden, ist sie auch kritisch zu sehen, da diese Beratung primär interessengetrieben ist und der Verkaufsförderung dient und erst an zweiter Stelle dem Wohl der Betriebe.

In Abbildung 1 wird gezeigt, in wie vielen Bundesländern die verschiedenen Beratungstypen die wesentlichen Beratungsinhalte jeweils besetzen. Dabei zeigt sich, dass die Officialberatung in vielen Bundesländern ein sehr breites Beratungsangebot stellt. Eine ähnliche Breite hat auch die Privatberatung, die allerdings in den Bundesländern unterschiedlich aufgestellt ist und sich dort jeweils auf ausgewählte Themenbereiche spezialisiert hat. Die Ringberatung, die es nur in acht Bundesländern gibt, ist thematisch vergleichsweise breit aufgestellt. Für die Verbandsberatung gilt dies jedoch nicht. Hier sind rechtliche Fragestellungen der absolute Schwerpunkt. Angebote darüber hinaus werden nur vereinzelt gemacht.



Quelle: Befragung der Gartenbaureferenten (2009), eigene Darstellung.

Abbildung 1
Beratungsinhalte der verschiedenen Beratungstypen in den Bundesländern

2 Beratungsangebot in den Bundesländern

Da sich die Beratungslandschaft in den Bundesländern durch die verschiedenen Reformen erheblich verändert hat, soll der Versuch unternommen werden, den Aufbau der Betriebsberatung in den verschiedenen Ländern grob zu skizzieren. Dafür wird nach den Beratungstypen Offizial-, Ring-, Privat- und Verbandsberatung differenziert. Die Beratung durch Firmenvertreter ist hier nicht berücksichtigt, weil davon ausgegangen werden kann, dass Firmen im gesamten Bundesgebiet aktiv sind. Abbildung 2 zeigt die relative Bedeutung der in den verschiedenen Bundesländern existierenden Beratungstypen anhand der drei Stufen a) hohe, b) geringe und c) sehr geringe beziehungsweise gar keine Bedeutung. Für die Ermittlung der Bedeutung der Beratungstypen wurden verschiedene Experten und die Gartenbaureferenten aus allen Bundesländern befragt. Als Maßstab für die Bemessung der Bedeutung sollte die Anzahl der beratenden Betriebe als Grundlage herangezogen werden.

Eine Übersicht über die Bedeutung der verschiedenen Beratungstypen im Gartenbau in den Bundesländern kann nur ein vergleichsweise grober Hinweis auf die Unterschiede in den Beratungsstrukturen der Länder sein, da beispielsweise keine Differenzierungen nach Produktionssparten vorgenommen werden können, obwohl sich die Bedeutung der Beratungstypen zwischen ihnen zum Teil erheblich unterscheidet (Abbildung 2). So sind die Beratungsringe beispielsweise in Rheinland-Pfalz im Zierpflanzenbau, in der Erdbeerproduktion und in der Spargelerzeugung von großer Bedeutung, während es sie für andere Spezialisierungen kaum oder gar nicht gibt. Ähnliches gilt in Niedersachsen, wo die Ringberatung im Obstbau eine wichtige Stellung einnimmt, im Zierpflanzenbau jedoch so gut wie nicht existiert.

Einschränkend kommt hinzu, dass sich die Übersicht über die Bedeutung der Beratungstypen (Abbildung 2) nur bedingt für Vergleiche zwischen den Bundesländern eignet, weil nur die relative Bedeutung der Beratung in den jeweiligen Bundesländern erfragt wurde. Es wurde kein quantitativer Maßstab angelegt, um daraus die Bedeutung der Beratungstypen abzuleiten. Der Grund für diese Vorgehensweise ist, dass andernfalls die Bedeutung aller Beratungstypen in den vom Produktionsgartenbau stark geprägten Bundesländern wie Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg durch die vergleichsweise häufigen Kontakte als hoch ein-

zustufen wäre. Im Gegensatz dazu wäre in den Bundesländern mit einem vergleichsweise geringen Umfang an gartenbaulichen Produktionsaktivitäten wie in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern oder dem Saarland die Bedeutung der Beratungstypen als gegen Null tendieren einzustufen. Dadurch wären Differenzierungen zwischen den Beratungstypen in vielen Bundesländern unmöglich, was jedoch das Ziel der Untersuchung ist.

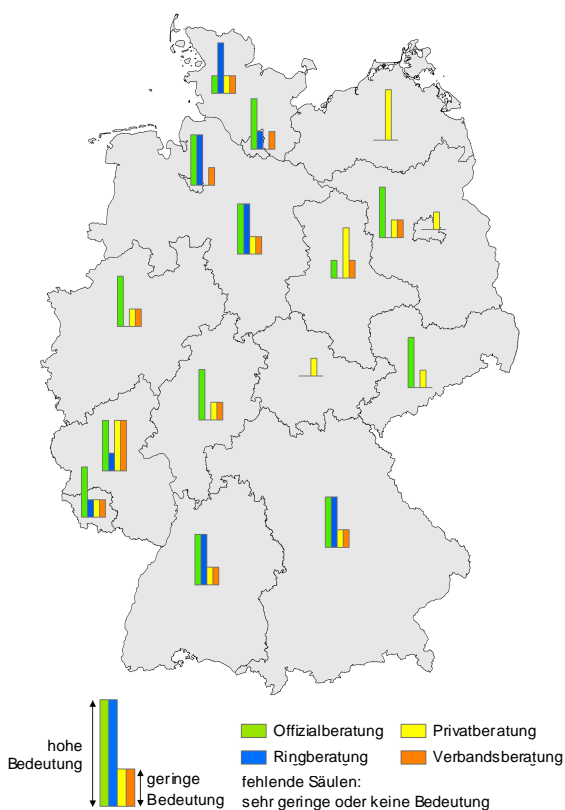
Abbildung 2 zeigt, dass die Offizialberatung mit Ausnahme von Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin noch in allen Bundesländern existiert. Nur in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein wird ihre Bedeutung für die Betriebe als gering, in allen anderen Ländern jedoch als hoch eingeschätzt. Trotzdem werden aber in Ländern wie Sachsen oder in Brandenburg deutlich weniger Betriebe durch die Offizialberatung beraten als das in Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Auch die Privatberatung ist in fast jedem Bundesland vertreten (Abbildung 2). Ausnahmen bilden die Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Die Bedeutung der Privatberatung schwankt allerdings zwischen den Bundesländern deutlich. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz wird ihr eine hohe Bedeutung zugeschrieben. In allen anderen Ländern, in denen sie vertreten ist, wird ihre Relevanz jedoch eher als gering eingestuft.

Die Verbandsberatung ist in allen Westdeutschen Bundesländern, in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg aktiv. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz wird ihre Bedeutung im Hinblick auf die Anzahl der beratenden Betriebe als gering klassifiziert. Allerdings kam sowohl von den befragten Experten als auch von den Gartenbaureferenten insbesondere mit Bezug auf die Verbandsberatung häufig der Hinweis, wie wertvoll die Beratungsleistungen für die Gartenbaubetriebe sind, da sie über die Berufsverbände bei rechtlichen Fragen in der Regel kompetent beraten werden. In Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Thüringen und Sachsen wird keine Beratung durch Gartenbauverbände angeboten (Abbildung 2).

Bei der Ringberatung zeigt sich eine deutliche regionale Differenzierung (Abbildung 2). In den östlichen Bundesländern existiert sie nicht. Ebenso fehlt sie in Hessen und in Nordrhein-Westfalen. In den Bundesländern, in denen sie

vertreten ist, hat die Ringberatung allerdings häufig eine hohe Bedeutung. Dies gilt für die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Eine geringe Bedeutung wird der Ringberatung im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Hamburg zugeschrieben. In vielen Bundesländern ist die Ringberatung weitgehend privatwirtschaftlich aufgestellt und kommt mittlerweile ohne Zuschüsse aus. Daher könnte sie in diesen Ländern auch der Privatberatung zugerechnet werden. Durch die historisch besondere Entwicklung wird sie hier jedoch noch differenziert betrachtet.



Quelle: Dirksmeyer, Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI), Braunschweig

Abbildung 2
Beratungsstrukturen in Deutschland

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Beratungsstrukturen in den Bundesländern sehr voneinander abweichen. Dies gilt einerseits für die Existenz der verschiedenen Beratungstypen in den Bundesländern und andererseits auch für deren Bedeutung. Allerdings scheint der Weg hin zu einer weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Beratung noch relativ weit zu sein, auch wenn vermutet werden kann, dass die Betriebs-

beratung im Gartenbau langfristig auf überwiegend privatwirtschaftlich organisierte Angebote hinauslaufen wird.

Voraussetzung für ein funktionierendes Beratungswesen ist, dass sie auf drängende Fragen von betrieblicher Seite schnell und zufriedenstellend Antworten geben kann. Voraussetzung dafür ist eine funktionierende angewandte Forschung, die diese Frage aufgreift. Dies kann von Seiten der Universitäten und Fachhochschulen jedoch nur eingeschränkt geleistet werden. Aus diesem Grund sind die Erzeugungsbetriebe und die Beratung auf ein intensives Versuchswesen angewiesen, in dem die aktuellen Probleme und Fragen aus den Betrieben aufgegriffen und nach einer Priorisierung bearbeitet werden. Dieses Versuchswesen ist derzeit noch weitgehend staatlich finanziert. Dadurch besteht in den Bundesländern in der Regel eine enge Verzahnungen zur Offizialberatung, die oft auch bis hin zu institutionellen Verflechtungen gehen. In der Regel ist auch der fachliche Austausch zwischen dem Versuchswesen und der Privatberatung intensiv.

Mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt wurden die Beratungsstrukturen in jedem Bundesland seit 1990 mindestens einmal, in den Ländern Schleswig-Holstein, Hessen, Sachsen und Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum sogar zweimal reformiert. Viele dieser Reformen erfolgten erst nach der Jahrtausendwende. Davon war auch das Versuchswesen betroffen. Die Reformen haben dazu geführt, dass Standorte und Personal abgebaut wurden. Vor diesem Hintergrund mussten Überlegungen angestellt werden, wie die nötige Breite in der gartenbaulichen Beratung und im Versuchswesen bei sinkenden Kapazitäten weiterhin sichergestellt werden kann.

In den norddeutschen Bundesländern war dies der Ausgangspunkt zu einer länderübergreifenden Zusammenarbeit. Im Jahr 2004 wurde die Norddeutsche Kooperation gegründet, in welche die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen ihre Versuchs- und Beratungseinrichtungen einbrachten. Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen schlossen sich dem Verbund im Jahr 2007 an. Ziel der Kooperation ist, weiterhin die gesamte fachliche Breite, die im Produktionsgartenbau vorhanden ist, im Versuchs- und im Beratungswesen abzudecken. Dafür wurden in den beteiligten Bundesländern Kompetenzzentren gebildet, die in der Regel auf vorhandene Strukturen zurückgegriffen haben. Oftmals wurden bei der

Etablierung der Kompetenzzentren die Aufgaben der verschiedenen Standorte auf die Kernfähigkeiten fokussiert, so dass beispielsweise in der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Hannover-Ahlem (LVG Ahlem) das Kompetenzzentrum für Zierpflanzenbau, an dem Obstbau-Versuchs- und Beratungszentrum Jork (OVBJork) das für Obst oder im Gartenbauzentrum Straelen (GBZ Straelen) das für Unterglasgemüsebau angesiedelt ist³. Die Verteilung der Kompetenzzentren wurde vertraglich geregelt, wodurch die Standorte auch langfristig gesichert sind. Durch die Norddeutsche Kooperation wird in den beteiligten Ländern und dadurch für die dort angesiedelten Gartenbaubetriebe sichergestellt, dass für alle relevanten gartenbaulichen Anbau- und Themengebiete ein Kompetenzzentrum existiert. Dort werden einerseits Versuche durchgeführt. Andererseits wird von dort fachspezifische Beratung angeboten. Der Nachteil dieser Konstruktion ist, dass die Wege zu den Betrieben im Mittel länger werden als zuvor, doch musste das in Kauf genommen werden, um ein staatliches Versuchs- und Beratungsangebot dieser Breite weiterhin vorhalten zu können. Der Erfolg dieser Netzbildung wird auch dadurch unterstrichen, dass mittlerweile auch andere Bundesländer ähnliche Kooperationen vereinbart haben, wie beispielsweise die Mitteldeutsche Kooperation, der die Länder Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen angehören. Darüber hinaus gibt es verschiedene bilaterale Kooperationsabkommen, wie zum Beispiel zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen oder zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

3 Herausforderungen an die Zukunft

Es konnte gezeigt werden, dass die Beratungslandschaft im deutschen Produktionsgartenbau sehr heterogen ist. Zwar hat die Officialberatung in vielen Bundesländern noch eine hohe Bedeutung, doch sind die Kapazitäten in der Vergangenheit deutlich abgebaut worden. Dies führte in der Officialberatung vieler Länder nicht nur zu einer Verringerung der Anzahl der Berater, sondern auch in der thematischen Breite des Beratungsangebotes. Außerdem werden für die Officialberatung zunehmend kostendeckende Gebühren erhoben. Als Folge dieser Entwicklung stieg der Anteil der privatwirtschaftlich organisier-

ten Beratung in den Gartenbaubetrieben. Der Aufbau der Privatberatung wurde zum Teil von staatlicher Seite finanziell gefördert. Beratungsringe, die vor einigen Jahren noch umfangreich mit öffentlichen Mitteln unterstützt wurden, sind heute zunehmend privatwirtschaftlich aufgestellt.

Es ist davon auszugehen, dass die staatliche Unterstützung der Betriebsberatung auch in Zukunft weiter reduziert wird. Auf der anderen Seite nimmt das Wissen zum Produktionsgartenbau ständig zu, woran das staatliche Versuchswesen einen hohen Anteil hat. Daraus leitet sich die Frage ab, welche Folgen diese Entwicklung für die Beratung der gartenbaulichen Produktionsbetriebe haben wird. Einerseits ist mit der Ausdehnung der Privatberatung der erste Schritt in die richtige Richtung getan. Dadurch wird es für Gartenbaubetriebe zu einem normalen Zustand, für gute Beratung Geld bezahlen zu müssen⁴. Andererseits sollte es Gärtnern aber auch auf einfache Weise ermöglicht werden, durch eigene Recherche zu relevanten Informationen kommen zu können. Dies ist insbesondere dann zwingend nötig, wenn es sich dabei um Ergebnisse von Versuchen handelt, deren Durchführung staatlich finanziert wurde, was beim staatlichen Versuchswesen in der Regel der Fall ist. Recherchen über Informationen zu einem Thema, sei es gartenbaulicher oder allgemeiner Natur, erfolgen zunehmend über das Internet. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Wissensmanagementsystemen wie beispielsweise Hortigate⁵ oder einem Gartenbau-Wikipedia, das im Rahmen eines vom BMELV finanzierten Projektes innerhalb der kommenden zwei Jahre aufgebaut werden soll.

³ Für weitere Informationen über die Norddeutsche Kooperation siehe www.norddeutsche-kooperation.de

⁴ Ein Nachteil dieser Entwicklung hin zu einer gebührenpflichtigen Beratung ist, dass gerade kleinere Betriebe und solche, die wirtschaftliche Probleme haben, von den Beratungsgebühren abgeschreckt werden.

⁵ Siehe www.hortigate.de

